

Klimagerechtigkeit – ein Recht auf Heimat?

Manuela Niehaus

2020-05-06T10:26:15

Das Thema Klimagerechtigkeit hat in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit erfahren. Die explizite Aufnahme von Klimagerechtigkeit in die Präambel des Pariser Übereinkommens von 2015 wurde sowohl von Aktivisten als auch Umweltrechtlern als Meilenstein gewertet. Dabei hat sich das Prinzip der Klimagerechtigkeit aus dem Konzept der Umweltgerechtigkeit (environmental justice) über die Jahrzehnte entwickelt. Ging es Umweltaktivisten der ersten Stunde noch um die gerechte geographische Verteilung von Nachteilen, die aus der Nutzung bestimmter Aktivitäten oder Entscheidungen resultierten (wie z.B. dem Betrieb von Kraftwerken oder aber auch die Entscheidung über den Standort einer Deponie für Giftstoffe) und die häufig die ärmere und farbige Bevölkerungen trafen („environmental racism“), so ging es der zweiten Generation vor allem um die generelle Reduzierung von Umweltverschmutzung und -zerstörung. Umweltzerstörung sollte nirgendwo mehr („[not in anyone's backyard](#)“) stattfinden. Das Konzept der [Klimagerechtigkeit](#) (die dritte Generation) kombiniert diese beiden Ansätze und verlangt, dass a) gefährliche Treibhausgasemissionen grundsätzlich reduziert und b) die Bürden, die sowohl durch den Klimawandel als auch durch dessen Bekämpfung entstehen, gerecht verteilt werden müssen. Dabei müssen auch die Interessen [zukünftiger Generationen](#) beachtet werden. Im Rahmen der Klimagerechtigkeit sind somit insbesondere Verteilungs- und prozessuale Gerechtigkeitsfragen in den Fokus gerückt. Prinzipien wie das der [common but differentiated responsibilities and respective capabilities, loss and damage](#) und Mechanismen wie der [Clean Development Mechanism \(CDM\)](#) oder der [Green Climate Fund \(GCF\)](#) tragen dem bereits in Teilen Rechnung.

Im wissenschaftlichen Diskurs bisher weniger im Zusammenhang mit Klimagerechtigkeit besprochen wurde das Problem, wie sich unsere Heimat verändert und ob es ein Recht auf Heimat gibt. [David Schlosberg](#), der sich intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzt, stellt deswegen neben der Frage „Was“ und „Wer“ vom Klimawandel getroffen werde, auch die [Frage des „Wie“](#), also wie die Menschen die Ungerechtigkeit des Klimawandels wahrnehmen.

Heimat als Faktor in der Klimagerechtigkeit

Bei Fragen nach der Ungerechtigkeit im Rahmen von Klimawandel und Heimat kommen zunächst die sog. „Klimaflüchtlinge“, die ihre Länder verlassen müssen, weil es diese womöglich bald nicht mehr gibt, in den Sinn. Doch das Thema Heimat wird auch dann relevant, wenn sie zwar nicht verschwindet, aber sich ihre Qualität durch Naturkatastrophen, die durch den Klimawandel intensiviert werden, abrupt oder aufgrund langanhaltender Verschlechterungen der Umwelt und der ökologischen Systeme (sog. „[slow violence](#)“) langsam verschlechtert. Hier wird deutlich, dass der Klimawandel ein „[glocal](#)“ Phänomen ist: Während seine Ursachen

lokale Emissionen sind, die ein globales Problem auslösen, werden dessen Folgen doch wieder lokal gespürt.

Dabei meint Heimat hier nicht nur den geographischen Ort eines Zuhauses, sondern auch die emotionale Verbindung mit diesem Ort sowie den Menschen, die dort wohnen. Dies liegt vor allem daran, dass die kulturellen Praktiken, die Abstammung, die symbolischen Bedeutungen und das Erbe eines Ortes, der Heimat ist, die eigene Identität formen. Eine solche Verbindung ist auch identitätsstiftend für die Gemeinschaft als solche.

Die Auflösung oder Abtrennung dieser tiefen emotionalen Verbindung zu einem Ort und einer Gemeinschaft kann dann ein Gefühl von „displacement“ bei den Betroffenen auslösen, auch wenn sie am selben Ort bleiben, und wird als Ungerechtigkeit wahrgenommen (Schlosberg, 64). Ein solches Gefühl entsteht gemäß [Loretta Feris](#) nicht nur, wenn Menschen an andere Orte umgesiedelt werden, sondern auch, wenn sich die Umweltqualität des gleichen Ortes spürbar verschlechtert. Feris argumentiert sogar, dass man einen solchen Verlust des „[sense of place](#)“ auch spüren kann, wenn sich die Umweltqualität von Orten verschlechtert, die nicht zu dem gehören, was man gemeinhin unter Heimat versteht, aber als ikonische Landschaften das Gemeinschaftsgefühl einer ganzen Nation prägen. Das geplante Fracking in der Karoo-Wüste wird hier insofern als Bedrohung für die südafrikanische Gemeinschaftsidentität gedeutet, auch wenn die Karoo selbst nur spärlich bevölkert ist. In der gleichen Weise können durchaus auch die [Proteste](#) gegen die Tagebauten in Garzweiler und Hambach gewertet werden, die sich im Herbst 2018 schließlich zuspitzten, um den Erhalt des 12.000 Jahre alten Hambacher Forsts sicherzustellen.

Der Umweltphilosoph Glenn Albrecht hat für dieses Phänomen den Begriff „[solastalgia](#)“ (von „solace“ und „nostalgia“) geprägt. Er beschreibt solastalgia als „specific form of melancholia connected to lack of solace and intense desolation.“ Demnach empfinden Menschen einen tiefen Schmerz durch den anhaltenden Verlust ihrer Heimat – eine Art Heimweh – obwohl sie sich nach wie vor in ihrer Umwelt befinden. Dies geht einher mit der „gradual erosion of the sense of belonging (identity) to a particular place and a feeling of distress (psychological desolation) about its transformation (loss of wellbeing).“

Dass es sich dabei um mehr als ein akademisches Konstrukt handelt, zeigt die Rechtsprechung des australischen NSW Land and Environmental Court. Wiederholt hatten sich die Richter auf das Konzept der „solastalgia“ bezogen, u.a. im Fall [Gloucester Resources Limited v Minister for Planning](#) (2019). Die Bewohner des Gloucester Valley hatten sich gegen die Genehmigung eines Tagesbaus zur Kohleförderung ausgesprochen, da sie eine Verschandelung der Landschaft befürchteten. Das Gericht lehnte das Projekt schließlich ab. Neben dem Hinweis, dass die beantragte Lizenzierung einer Kohlenmine aufgrund des Klimawandels zur „falschen Zeit“ käme, führte das Gericht aus, wäre das Gloucester Valley aufgrund seiner malerischen und kulturellen Landschaft und der geographischen Nähe zu Häusern und Bauernhöfen auch der „falsche Ort“ für einen Kohletagebau. Ein solcher habe signifikante Auswirkungen auf die Planung, die Annehmlichkeiten, die Optik und die Gesellschaft und sei deshalb in dieser Lage abzulehnen.

Partizipationsmöglichkeiten für mehr Klimagerechtigkeit

Der Verlust der Heimat hat starke psychosoziale Auswirkungen auf den Menschen und die Gemeinschaft. In Südafrika wird deswegen auch diskutiert, ob der Verlust des „sense of place“ unter das Merkmal „wellbeing“ im [Umweltartikel 24 der südafrikanischen Verfassung](#) interpretiert werden könnte („Everyone has the right —(a) to an environment that is not harmful to their health or wellbeing; [...]). Ein explizites Menschenrecht auf (Erhalt der) Heimat gibt es aber nicht.

Insofern ist es für [Schlosberg](#) (S. 67) umso wichtiger, dass die Argumente von Menschen, die unmittelbar mit dem Verlust ihrer Heimat als Folge von Umweltzerstörung betroffen sind, stärker in den Diskurs aufgenommen und ihnen in der Deliberation mehr Gewicht beigemessen werden. Schließlich zerstören nicht nur Naturkatastrophen und „slow violence“ die Umwelt, sondern auch Maßnahmen, die von Staaten ergriffen werden, um das Klima zu schützen. Der Bau des [Belo Monte Staudamms](#) am Xingu Fluss im brasilianischen Amazonas, der zwar „grüne Energie“ produzieren soll, aber auch zur großflächigen Vernichtung von indigenen Ländereien und Kulturen führte, ist hier ein besonders tragisches Beispiel. Schließlich ist eine solche Einbindung aller potentiell Betroffenen als ur-demokratisches Element auch sinnvoll, um eine [Unterwanderung von rechts](#) durch vermeintliche Naturfreund*innen und Versuche einer Neubesetzung des Heimatbegriffs mit völkischem Gedankengut („Blut und Boden“) zu verhindern.

Die Fokussierung auf distributive und prozessuale Elemente der Klimagerechtigkeit sollte ergänzt werden um Überlegungen zum Verlust der Heimat und daraus resultierende mögliche Konflikte für Individuen und Gesellschaften. Natürlich gibt die stärkere Einbeziehung solcher Gesichtspunkte keine allgemeine Antwort auf die tiefgreifenden Fragen der Klimagerechtigkeit. [Studien](#) zeigten zum Beispiel, dass ärmere Bevölkerungsschichten stärker an solastalgia leiden als reichere. Dennoch ist das Konzept auch kein Papiertiger und wird durchaus ernst genommen, wie die Praxis des NSW Land and Environmental Court zeigt. Daneben sind es aber vor allem bottom-up Initiativen und lokale Gemeinschaften, die solche Stimmen und Eindrücke bündeln und kommunizieren können. Schließlich setzen sich die meisten Menschen erst dann aktiv für Umwelt- und Klimaschutz ein, wenn der eigene Garten bedroht ist. Klimaschutz und Klimagerechtigkeit beginnt also auf den untersten governance levels – in der Heimat.

[Manuela Niehaus](#) ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg und Doktorandin an den juristischen Fakultäten der Universität Hamburg und der Macquarie University Sydney.

Cite as: Manuela Niehaus, „Klimagerechtigkeit – ein Recht auf Heimat?“, *Völkerrechtsblog*, 6 May 2020.

